



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DATENSCHUTZKOMMISSION

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

MODRIAN

Klappe 2769 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

GZ 054.324/4-DSK/85

Begutachtung des Entwurfes  
des Chemikaliengesetzes;

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

Stellungnahme der Datenschutzkommission

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

1010 W i e n

GESETZESENTWURF	
20	66 10285
Datum: 15. FEB. 1985	
Verteilt 1985-02-19 Sude	

St. Klee von

Die Datenschutzkommission beehrt sich 25 Abschriften dieser  
Stellungnahme zu dem im Gegenstand bezeichneten Gesetzesentwurf  
zu übermitteln.

Anlage

31. Jänner 1985  
Für die Datenschutzkommission  
Der stellvertretende Vorsitzende:  
Senatspräsident des OGH Dr. STIX

St. Klee von  
St. Klee von

Schere



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DATENSCHUTZKOMMISSION

GZ 054.324/4-DSK/85

Begutachtung des Entwurfes  
des Chemikaliengesetzes;

Stellungnahme der Datenschutzkommission

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) 66 15/0

Sachbearbeiter

MODRIAN

Klapp<sup>2769</sup> Durchwahl

Fernschreib-Nr. 1370-900

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

An das  
Bundesministerium für  
Gesundheit und Umweltschutz

1010 W i e n

B E S C H E I D

Die Datenschutzkommission hat unter dem Vorsitz von Dr. STIX  
und in Anwesenheit der Mitglieder Dr. HELMREICH, Dr. MATZKA und  
Mag. WALLIG sowie des Schriftführers Hr. HEYDEBRECK, in ihrer  
Sitzung vom 31.1.1985 folgende

S t e l l u n g n a h m e

beschlossen:

1. Allgemeines:

Der vorliegende Entwurf verfolgt hinsichtlich seiner daten-  
schutzrechtlichen Bestimmungen offensichtlich das Ziel, für  
die Ermittlung, Verarbeitung und Übermittlung der vom Ent-  
wurf betroffenen Daten ausdrücklich gesetzliche Ermächti-

gungen i.S. der §§ 6 und 7 Abs. 1 Z. 1 Datenschutzgesetz zu normieren. Solche Ermächtigungen erfordern schon im Hinblick auf Art. 18 B-VG, aber auch zur Realisierung der vom Datenschutzgesetzgeber angesetzten Zielvorstellungen einen Determinierungsgrad, der über den in den §§ 6, letzter Satzteil und 7 Abs. 2 Datenschutzgesetz enthaltenen Generalklauseln hinausgeht. Von dieser - im übrigen auch vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst in seinem Rundschreiben GZ 810.099/4-V/4/81 vom 21.4.1982 vertretenen Auffassung ausgehend, darf zu den einzelnen Bestimmungen bemerkt werden:

2. Zu § 36 Abs. 1: Zentrale Register- und Informationsstelle

Weder aus dem Gesetzestext, noch aus den erläuternden Bemerkungen noch auf Grund von Rückfragen beim do. Ressort konnte der geplante Datenbestand der Register- und Informationsstelle geklärt werden. In der Bestimmung müßten entweder die Datenarten, Betroffenenkreise und Übermittlungsempfänger angeführt oder durch Verweise auf im Gesetz normierte konkrete Meldepflichten ausreichend bestimmt werden.

Ferner scheint das Verhältnis der sogenannten "einschlägigen Datenbanken" zu der im § 38 Abs. 3 geregelten Übermittlungsermächtigung an internationale Organisationen nicht hinreichend geklärt.

3. Zu § 36 Abs. 2:

Angesichts der Formulierung: "... einer mit den erforderlichen Einrichtungen ausgestatteten Institution bedienen", erlaubt sich die Datenschutzkommission darauf hinzuweisen, daß im Falle einer vertraglichen Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Datenverkehr durch die im § 4 Datenschutzgesetz und § 5 Datenschutzgesetz genannten Rechtsträger ein Vertrag gemäß § 13 Datenschutzgesetz abzuschließen wäre. Sollte nicht beabsichtigt sein, einen Ver-

trag gemäß § 13 Abs. 2 abzuschließen, müßte nicht nur die Verarbeitung sondern auch der Dienstleistungsanbieter im Gesetz determiniert werden.

4. Zu § 37 Abs. 3: Vertraulichkeit von Informationen:

Für diese Übermittlungsermächtigungen empfiehlt sich - um Interpretationsschwierigkeiten zu vermeiden - statt "weitergeben" die Legaldefinition des § 3 Z. 8 des Datenschutzgesetzes "übermitteln" zu verwenden.

Die Übermittlungsempfänger "Dienststellen des Bundes und der Länder" sollten ergänzt werden durch die Wendung "... aus soweit sie zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes zuständig sind."

5. Zu § 38 Abs. 1: Automationsunterstützter Datenverkehr:

Die in diesem Absatz erwähnten Datenarten bedürfen näherer Konkretisierung (vergl. die Ausführungen in Punkt 1). Ein entsprechender Verweis z.B. auf § 6 Abs. 1 und andere Bestimmungen, die Datenarten anführen, wäre ausreichend.

6. Zu § 38 Abs. 2:

Die Z. 1 und der letzte Satzteil des Abs. 2 sollte keine ausdrückliche Ermächtigung i.S. des § 7 Abs. 1 Z. 1 Datenschutzgesetz dar, sodaß diesbezüglich die erläuternden Bemerkungen im Widerspruch zum Gesetzestext stehen. Die Z. 1 "Dienststellen des Bundes und der Länder" wären dann hinreichend determiniert, wenn unter "ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben" ausschließlich Vollzugsaufgaben des Chemikaliengesetzes zu verstehen wären, was jedoch aus dem Gesetzestext nicht zwingend erschlossen werden kann.

7. Zu § 38 Abs. 3:

Mit der bloßen Ermächtigung, Daten nach Maßgabe völkerrechtlicher Verpflichtungen an internationale Organisationen zu übermitteln, wird dem Erfordernis der hinreichenden Bestimmbarkeit der Datenempfänger nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

31. Jänner 1985

Für die Datenschutzkommission  
Der stellvertretende Vorsitzende:  
Senatspräsident des OGH Dr. STIX

Für die Richtigkeit  
der Stellungnahme:

Seizer